

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

72 (26.3.1934)



# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3700 II.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hittlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Kellamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 72

Montag, den 26. März 1934

105. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

In Italien fanden am Sonntag die Parlamentswahlen statt, zu denen nur eine Liste vorgelegt wurde, die mit Mussolini beginnt.

Reichsminister Dr. Götters eröffnete am Samstag die zentrale der deutschen Verkehrsverbände in Berlin, die im Columbus-Haus untergebracht ist.

Staatssekretär Reinhardt gab zu der umfangreichen Gesetzgebungsarbeit der letzten Kabinettsitzungen Erläuterungen ab, wonach drei Milliarden zur Arbeitsbeschaffung für dieses Jahr zur Verfügung stehen.

Die freie Wohlfahrtspflege wurde in ganz Deutschland unter Führung der NS-Volkswohlfahrt gestellt.

In Bremen sind illegale Reichsbannerorganisationen ausgehoben worden, 48 Personen wurden festgenommen.

Die litauische Regierung hat eine Note nach Berlin gerichtet, um ihren neuen Bruch der Memelkonvention zu rechtfertigen.

Mit Finnland ist ein neuer Handelsvertrag zustande gekommen und am Samstag unterzeichnet worden.

Am Sonntag fanden in Italien die Wahlen zur italienischen Abgeordnetenversammlung statt. Die Wahlbeteiligung wird auf 80 v. H. geschätzt.

„Populair“ veröffentlicht ein angeblich echtes Schriftstück, das mit dem Vermerk „Geheim“ vom Generalkommandanten des 2. militärischen Bezirks von Amiens an eine Reihe von Industriellen versandt worden sein soll. Aus dem Inhalt glaubt der „Populair“ auf Vorgänge zu einem Militärputsch in Frankreich schließen zu können.

Bei einem gewaltigen Aufmarsch der Gruppe Sachsen der SA hielt der Stabschef der SA, Reichsminister Röhm, eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Was not tut, ist nicht, daß Deutschland schläft, daß Deutschland auf dem ausrückt, was in den zurückliegenden Kampfsjahren erreicht worden ist. Was not tut, daß der Geist des revolutionären Nationalismus in Ihren Reihen und dem ganzen Volk erhalten bleibt. Stabschef Röhm forderte die Versammelten auf, sich nicht zu ändern, sondern schlicht, ehrlich und gerade und treu zu bleiben, wie es der Führer vorlebt.

## Litauische Note an Deutschland zur Lage im Memelgebiet

Kowno, 25. März. Am 21. März hat der litauische Außenminister dem deutschen Minister für Litauen auf seine Note über den angeblichen Gegenstand des Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat zu dem Statut des Memelgebietes eine Antwort überreicht. In der litauischen Note heißt es, daß die litauische Regierung diesen Vorwurf nicht anerkenne und feststelle, daß das Gesetz für die Gesetzgebung Litauens zuständige Angelegenheiten regelt und daher finde, daß die in Rede stehende deutsche Note weder mit den allgemeinen internationalen Grundregeln noch mit der Pariser Konvention über das Memelgebiet in Einklang stehe. In der litauischen Note werden ferner litauische Demarchen in Berlin wegen der gegen die territoriale Integrität Litauens gerichteten Propaganda in Deutschland, die auf die Einstellung gewisser Schichten im Memelgebiet nicht ohne Einfluß bleiben könnte, aufgeführt.

Zu vorstehender Meldung wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Das litauische Gesetz zum Schutz von Volk und Staat vom 8. Februar d. J. bezeichnet einen Höhepunkt in dem Kampf der litauischen Zentralregierung gegen die Autonomie des Memelgebietes. Es hebt praktisch die Autonomie des Memelgebietes auf und richtet sich, wenn auch äußerlich in die Form einer Anwendung auf Gesamtlitauen gestellt, in seiner Zweckbestimmung ausschließlich gegen die deutsche Bevölkerung des Memelgebietes. Die litauische Regierung hat das Gesetz so gefaßt, daß sie damit eine Handhabe gewinnt, jede irgend denkbare Handlung oder Neuerung zur Wahrung der autonomen Rechte als unter die Bestimmungen des Gesetzes fallend anzusehen; sogar die bloße Abfertigung wird unter Strafe gestellt. Insbesondere können die Beamten des autonomen Gebietes in der Wahrnehmung der im Statut festgelegten Rechte gehindert werden. Das litauische Gesetz vom 8. Februar d. J. stellt deshalb einen besonders schweren Fall der vielfachen Verletzungen der durch die Memelkonvention garantierten Autonomie des Memelgebietes dar.

## Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk über:

# „Öffentliche Wirtschaft und Finanzen“

DR. MÜNSTER (Westf.), 25. März. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk hielt am Sonnabendabend auf Einladung der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft im auditorium maximum der Universität Münster einen groß angelegten Vortrag über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“, zu dem sich ein großer Kreis interessierter Persönlichkeiten aus Industrie, Handel und Wirtschaft eingefunden hatte.

In einem Rückblick auf die hinter uns liegende Zeit erklärte der Minister zunächst, daß er sich den Zeiten des Jahres 1914 nicht nur innerlich, sondern auch zeitlich viel näher fühle als der Zwischenzeit vor zehn Jahren, die unter friedlichem, sparsamen und ehrlichem Volk an die Grenze des Chaos und des Verbrechens geführt habe. Wenn es gelungen sei, des Wirrwarrs Herr zu werden, durch das, was man das Wunder der Rentenmark nenne, so wolle er offen lassen, wem das Verdienst für die Schaffung der Rentenmark zuzuschreiben sei, ob dem Manne, dessen früherer Tod einer der schwersten Verluste in der Nachkriegszeit gewesen sei, Helfferich, ob dem damaligen Reichsfinanzminister Dr. Luther oder dem damaligen Reichswährungskommissar Dr. Schacht. Nur eines wolle er betonen, es habe sich hier zum ersten Male gezeigt, welche unendliche Bedeutung gerade auch auf dem Gebiete der Währung das psychologische Moment habe. Wenn die Rentenmark Erfolg gehabt habe, so sei das nicht so sehr der Grundlage ihrer Sicherheiten zu verdanken, sondern vielmehr der Tatsache, daß das deutsche Volk an diese Rentenmark glaubt habe. Dasselbe zeigte sich später im Jahre 1926, als Poincaré den französischen Franken stabilisierte. Die Folge des Wunders der Rentenmark sei später die Entwicklung einer sog. Hochkonjunktur gewesen, bei der es sich aber nur um eine Scheinkonjunktur gehandelt habe, weil die Grundlage nicht gesund gewesen sei; denn diese Grundlage habe aus geborgten Auslandsgeldern kurzfristiger Art bestanden.

Der Minister fuhr dann fort: Es klingt wie ein Märchen aus Tausendundeinernacht, daß es damals Zeiten gegeben hat, wo man nicht wußte, was man mit den dauernden, in den Kassen befindlichen flüssigen Ueberschüssen anfangen wollte. Hier setzte der erste große Fehler ein. Es wäre damals notwendig gewesen, eine wirkliche Haushaltskonjunkturpolitik zu treiben, in den Zeiten der Fülle für die Zeiten der Not zu sammeln. Nur ein einziger meiner Vorgänger, Reichsfinanzminister v. Schlieffen, hat den Versuch gemacht, eine derartige Politik durchzuführen. Wenn man überlegt, daß von dem Höchststand der Einnahmen von 1929 u. 1932 die gesamten Steuern in Deutschland um 3 1/2 Milliarden Mark herabgesunken sind, obwohl man Steuererhöhungen in der Zwischenzeit in Höhe von drei Milliarden Mark hat eintreten lassen, so daß man in Wirklichkeit einen Steuerrückgang von 6 1/2 Milliarden Mark gehabt hat, dann können daraus zwei Folgerungen gezogen werden, nämlich wie ungeheuer schicksalsverbunden Wirtschaft und öffentliche Finanzen sind und wie entsetzlich sich dieses noch nun auf der Ausgabe Seite der öffentlichen Finanzen auswirken mußte. Es blieb damals nichts anderes übrig, als auf der Ausgabe Seite zu droffeln. Durch jede Schrumpfung aber wird eine Krise nur verschärft. Immer neue Sparmaßnahmen wurden getroffen und so begann der Weitauf hinter dem Fehlbetrag her.

Graf Schwerin von Krosigk gab dann einen Ueberblick über die Finanzpolitik, die unmittelbar nach der Laupanner Konferenz, durch deren Ergebnis die Reparationen praktisch beseitigt wurden, einsetzte. Der Erfolg des damaligen Arbeitsbeschaffungsprogrammes ist sehr umstritten. Der entscheidende Punkt aber ist der, daß damals eine wirkliche Wendung nach oben nicht eintreten konnte, weil das Vertrauen in die politische Stabilität der Regierung fehlte. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse konnte entscheidend erst eintreten, nachdem Hitler die Regierung übernommen und damit das Vertrauen in die politische Stabilität, die Grundlage gegeben hat für eine wirtschaftliche Entwicklung nach oben.

Als wir bei Beginn des vorigen Jahres den Haushalt für 1933 und gleichzeitig den Haushalt für die Arbeitslosenfürsorge aufstellten, da mußte ich dem Reichskanzler sagen, daß im Haushalt der Arbeitslosenfürsorge, rein ziffernmäßig gesehen, ein Fehlbetrag von 750 Millionen RM. war. Ich schlug aber trotzdem vor, nichts zu tun, weil ich der Ueberzeugung bin, daß aus der Maßnahme der Arbeitsbeschaffung eine solche Senkung der Arbeitslosenzahl kommen würde, daß dieser Fehlbetrag von 750 Millionen Mark nicht annähernd in dieser Höhe praktisch werden würde. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Der damals angenommene Fehlbetrag ist heruntergegangen auf 200 Millionen Mark.

Daß eine Besserung eingetreten ist, dafür will ich nur eine Ziffer aus meinem Gebiet nennen, die von bedeutendem Interesse ist. Die Umsatzsteuer ist konjunkturrempfindlich. Wir haben bei Verabschiedung des Haushaltes 1933 angenommen, daß die Umsatzsteuer nicht 1350 Millionen Mark, sondern 1500 Millionen Mark erbringen würde. Die tatsächlichen Ergebnisse haben diese Annahme gerechtfertigt. Das gibt wohl der schlagendste Beweis für die Besserung, die eingetreten ist. Das, was 1933 geschaffen worden ist, waren nicht zusammenhanglose plötzliche Einzelfälle, sondern alles waren Glieder eines einheitlichen Planes. Die Belebung der Wirtschaft kann nur dadurch erfolgen, daß Lasten, die wir als überhöht erkannt haben, gesenkt werden. Das ist im Laufe des Jahres geschehen, aber

nicht in der Form, daß wir eine einheitliche große Senkung gemacht hätten; denn dazu waren wir zunächst nicht imstande, sondern dadurch, daß wir eine Senkung hatten eintreten lassen, die alsbald ein wirtschaftliches Ergebnis brachte. Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang den Fortfall der Kraftfahrzeugsteuer und die Gewährung von Darlehen zur Förderung der Eheschließungen. Nicht unmittelbar wirksam sind die Maßnahmen, die für die Landwirtschaft auf dem Gebiete der Umsatzsteuer ergriffen wurden. Wenn man jetzt auf landwirtschaftlicher Seite zugibt, daß es langsam besser wird, dann ist das nicht nur eine Folge der Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisgestaltung, sondern auch eine Folge der Maßnahmen, die zur Entlastung ergriffen wurden.

Die Sanierung der Gemeinden, die Gemeindeumschuldung und die Uebernahme des Krisenfünftels von den Gemeinden auf das Reich, die Begrenzung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, sie sind nicht geschaffen worden im Interesse der Gemeinden, sondern das ist mit ein Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es ist damit natürlich nicht gelungen, die Gemeinden zu sanieren; aber das Gros der Gemeinden kann zum ersten Male für 1934 wieder einen ausgeglichenen und gesunden Haushalt aufstellen.

Solange aus einer erkrankten Wirtschaft die Initiative nicht volle Ergebnisse bringt, solange die normale Auftragserteilung nicht wieder das übliche Maß erreicht, solange muß eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung vom Reich eingetreiben.

Diese öffentliche Arbeitsbeschaffung war absolut notwendig, muß aber auch in ihrer Begrenzung verstanden werden, weil sie nur eine Uebergangszeit überbrücken soll. Es ist falsch, von einer künstlichen Arbeitsbeschaffung zu sprechen, denn sie ist nicht künstlich, sondern sie ist in diesem Augenblick und in dieser Lage notwendig und gerechtfertigt.

Nun endlich die oft an mich gestellte Gewissensfrage: Wer bezahlt denn nun eigentlich alles? Ich drücke mich gar nicht vor dieser Frage, sondern will sie absolut klar beantworten und mit Ihnen besprechen, ob man das nach den Grundfragen, die ich vorher nannte, rechtfertigen kann oder nicht: Das Geld zur Bezahlung aller Arbeitsbeschaffungsprogramme wird gepumpt. Ich kann es aus dem laufenden Haushalt nicht geben. Wenn ich es aus den Steuern zahlen könnte, dann brauchten wir ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht. Diesen Pump nehme ich durchaus nicht leicht, sondern erkenne durchaus an, welche schwere Vorbelastung für künftige Jahre darin liegt. Es ist eben so geregelt, daß ebenso wie die Steuerentlastungen auch die kurzfristigen Kredite zur Unterstützung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes im Laufe von fünf Jahren abzudecken sind, und da wir schon im Arbeitsbeschaffungsprogramm an Steuerentlastungen eine Vorbelastung von rund vier Milliarden haben, ist das eine nicht unerhebliche Vorbelastung kommender Jahre, zumal wenn man bedenkt, daß wir aus vergangenen Zeiten auch noch einen Haushaltsfehlbetrag im Reich in Höhe von zwei Milliarden mitschleppen. Kann man nun mit einer solchen Vorbelastung von sechs Milliarden ruhig schlafen? Wenn man nichts getan hätte und keine Vorbelastung künftiger Jahre übernommen hätte, dann hätten wir genau wie in den vergangenen Jahren einen Riesenscheitelpunkt gehabt, den wir im Haushalt durch kurzfristige Kredite hätten vorübergehend abdecken können, was aber ebenfalls eine Vorbelastung für die Zukunft gewesen wäre, nur mit dem einen Erfolg, daß nicht die Quellen erschöpft worden wären, aus denen diese Vorbelastung wieder abgezahlt werden kann. Da liegt der Unterschied. Es handelt sich hier um die einzig mögliche Politik, diese Vorbelastung zu übernehmen. Weil wir keine Reserven aus guten Zeiten haben, müssen wir die Reserven aus der Zukunft vorübergehend nehmen. Auf nichts anderes kommt es an, wenn man die Zahlen vergleicht. Eine Vorbelastung von jährlich einer Milliarde und ein Steuerausfall von sechs Milliarden: ist es vielleicht eine all zu optimistische Hoffnung, daß wir ein Sechstel wenigstens wieder aufholen? Und holen wir es wieder auf, dann ist damit die Finanzierung dieser Vorbelastung durchaus möglich und gesichert. Wenn also jemand hier meckert und glaubt, daß in dieser Vorbelastung der Zukunft eine Gefahr für die Währung liegt, dann versteht er entweder nichts von der Sache oder will nichts davon verstehen. Wie sieht nun der Plan für 1934 aus? Aus dem Haushalt des Vorjahres haben wir noch einen nicht unerheblichen Rest für 1934. Für dieses Jahr tritt gleichzeitig zum ersten Male die Durchführung des Autobahnprogramms mit den ersten Summen in Erscheinung. Infolgedessen haben wir allein aus diesen Mitteln das selbe Volumen wie im Jahre 1933. Die mittelbare Wirkung der Arbeitsbeschaffungsprogramme von 1933 fängt erst im Jahre 1934 an, sich voll auszuwirken. Aber eines war tatsächlich stark zurückgeblieben. Die Arbeitsprogramme hatten sich nur auf einen Teil der Industrie ausgewirkt. Hier muß nachgeholt werden. In diesem Zusammenhang wies der Minister auf das vom Kabinett verabschiedete Gesetz zur Verstärkung der Kaufkraft hin. Es ist unmöglich für den Finanzminister, so fuhr Graf Schwerin dann fort, Steuerpolitik zu treiben, wenn gleichzeitig die zahlreichen neuen Gesellschaften des öffentlichen Rechtes ohne Rücksicht auf den Finanzminister Beiträge usw. erheben können.

In diesem Jahre steht die Steuerreform auf dem Programm der Regierung. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir mit der wichtigsten Steuer, der Einkommensteuer, wesentlich herabgehen

länger?  
eit Jahren  
be, fühlte ich  
brauch von  
uchst mit  
um 20 Jahr  
erde Ihren  
ets weiter  
2012  
meni Westf.  
re-  
schafft  
end, reinigt  
schaft geun-  
et bei Arto-  
zu hohem  
r, Darm-  
nen, beißlich  
n, Rheuma-  
schleimhäu-  
n Alterse-  
Dienste.  
r das All-  
M. 3.-  
stische nur  
- In Arto-  
nd Droge-  
haben, be-  
ort wo eine  
ausliegt.  
O. G. m.  
Fees  
5 13  
ngen über  
l (notariell  
mmeln  
Flößen  
chüler usw.  
wert im  
IWEISS  
Beratung  
h  
ers  
erwaren  
nach Jahren  
112  
Hittlerstr. 11  
e, 1 Treppe  
ng.  
h und  
yllisch  
OS  
gut  
urst-  
feder  
e aufs  
llchst  
au.  
el  
B, gar.  
- Mk.  
eter an  
9  
nur bei  
kenhal  
ugendl.  
arbe u.  
gibt  
Orla  
Anwen-  
Sichere  
ark 2 50  
mann  
alon  
27  
ück  
ag.  
ier  
an  
ach  
r. 25



fönnen. Es ist eine alte Erfahrung, daß zu hohe Einkommensteuerfätze sich stumpf kaufen. Ich glaube deshalb, daß wir eine Reform eintreten lassen können, weil ich auf einen Mehrertrag der Einkommensteuer infolge steigender Steuerpflichtigkeit rechne. Der Minister streifte dann die Frage unierer Beziehungen zum Ausland und den Rückgang unierer Industrieausfuhr sowie die Frage der Rohstoffbeschaffung. Amerika wird einsehen müssen, daß es auf die Dauer einen Kuchen nicht doppelt essen kann, und zwar nicht gleichzeitig als Gläubiger und als Exporteur. Auf eines muß man verzichten. Der starke Staat, den wir jetzt haben, so schloß der Reichsfinanzminister, ist berufen, zu einer aktiven Wirtschaftspolitik, aber die Initiative und Verantwortlichkeit des einzelnen Wirtschaftlers und Arbeiters muß unangefastet bleiben.

### Kurzbeschriftetes Einkaufsverbot für Textilrohstoffe

Berlin, 25. März. Bei dem verabschiedeten Rohstoffgesetz handelt es sich um ein Gesetz, das devisenpolitische und arbeitsmarktpolitische Zwecke verfolgt. Die infolge der Herabsetzung des Devisenkontingents auf 35 v. H. eingetretene Devisenknappheit bringt große Schwierigkeiten mit sich für die Verbringung der Industrien, die in erster Linie von ausländischen Rohstoffen abhängig sind. Das führt zu der Notwendigkeit, die Benutzung von Devisen durch diese Industrien einer gewissen Kontrolle zu unterziehen. Das Gesetz ist für alle Rohstoffe offengehalten worden und zunächst für die Textilindustrie bestimmt. Für diese Industrie sind drei Überwachungsstellen eingerichtet worden. Sie haben die Aufgabe, Abfuhr, Lagerung und Verbrauch zu regeln und zu überwachen. Ferner werden Preisstellen für Baumwolle, Wolle und Glads sowie andere Textilarten errichtet. Diese Stellen werden nach einer gewissen Uebergangszeit ihre Tätigkeit aufnehmen. Für diese Uebergangszeit wird für die Textilrohstoffe der Einkauf aus dem Ausland verboten. Dieses Kaufverbot gilt bis 5. Mai 1934. Es ist Vorfrage getroffen worden, daß in dieser Zeit keine Schwierigkeiten auftreten werden. Die Käufe, die bereits abgeschlossen sind, dürfen ausgeführt werden. Es handelt sich also nicht um ein Einfuhrverbot, sondern um ein kurzbeschriftetes Einkaufsverbot. Gleichzeitig wird eine Regelung erlassen werden, durch die Preissteigerungen verboten sind, die nicht durch ein allgemeines Ansteigen der Preise auf dem Weltmarkt bedingt sind.

### Die freie Wohlfahrtspflege unter Führung der NS.-Volkswohlfahrt

Berlin, 25. März. Die vier vor der Reichsregierung anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die schon bisher in der Reichsgemeinschaft zusammengeschlossen waren — NS.-Volkswohlfahrt, Zentralausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz — haben sich unter Führung des Amtes für Volkswohlfahrt bei der Obersten Leitung der PD, zu einer selbständigen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Der Führer dieser Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege ist der Amtsleiter des Amtes für Volkswohlfahrt bei der Obersten Leitung der PD, der NSDAP, Pp. Hilgenfeldt. Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, die Leistungen und die Erfahrungen der ganzen freien Wohlfahrtspflege zusammenzufassen und ihre einheitliche und planwirtschaftliche Gestaltung im Sinne des nationalsozialistischen Staates sicherzustellen. In derselben Weise sollen auch in den Gauen Arbeitsgemeinschaften unter Führung des zuständigen Amtsleiters für Volkswohlfahrt gebildet werden, um so eine planmäßige Zusammenarbeit aller Organisationen der freien Wohlfahrtspflege herbeizuführen.

### Abschluß eines deutsch-finnischen Handelsvertrages

Berlin, 25. März. Die in Berlin in den letzten Wochen über die Regelung der deutsch-finnischen Handelsbeziehungen geführten Verhandlungen haben mit Unterzeichnung eines Handelsvertrages am Samstag zu einem Ergebnis geführt.

Der Vertrag, der auf beiden Seiten noch der Ratifizierung bedarf, wird mit einigen Ausnahmen schon vom 1. April ab vorläufig angewendet werden. Gleichzeitig fallen die von beiden Seiten während des vorjährigen Jahresverlaufes seit Beginn dieses Jahres im leidetragenden Warenverkehr getroffenen besonderen Beschränkungen fort. Ferner ist die Kündigung des Uebereinkommens vom 21. April 1922, das hauptsächlich auf die Schifffahrt bezügliche Bestimmungen enthält, rückgängig gemacht worden.

## Dittha will dinnun.

Roman von Klara Haidhausen.

Abschreiberechtigung durch Verlagsanstalt Manz, Regensburg.

38. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Selbst, daß das Spiel mit diesem Gedanken ihn gar nicht mehr erregte, im Gegenteil, es lag plötzlich ein eigener prickelnder Reiz darin, der ihn immer weiter lockte. Wenn ich das Recht dazu hätte, schloß er sich durch den Sinn, dann würde ich sie bitten, sich einmal so zu frisieren. Und in weiterer Gedankenverbindung: Ob es wohl einen Mann gab, der dieses Recht hatte? Der — noch mehr — die schweren Flechten lösen und den Kopf in der reichen, dunklen Flut vergraben durfte?

Mit leisem Unbehagen kam es ihm auf einmal zum Bewußtsein, wie verschlossen Lore in allem war, was ihre Person betraf. Sie war herzlich und natürlich, klug und gut und bewundernswert tüchtig in ihrem Beruf — das hatte er in den drei Wochen des Beisammenseins erfahren. Aber sie sprach nie von ihrem Zuhause, nie von ihrer bisherigen Tätigkeit. Im Gegenteil, das wurde ihm in diesem Augenblick klar — sie lenkte das Gespräch ab, sobald es in derartige Bahnen zu führen drohte.

Daß sie etwas zu verbergen hatte, der Gedanke lag bei der Lauterkeit ihres Wesens völlig fern. Aber irgend etwas anderes mochte da sein — eine trübe Erfahrung, die sie zu vergessen strebte oder... Franz Hormann stützte. Das, ja das war wohl das Richtige — eine heimliche Neigung, von der noch niemand wissen sollte. Daß er daran nicht gleich gedacht hatte! Es war ja auch kaum anzunehmen, daß ein Mädchen mit soviel körperlichen und geistigen Vorzügen un-begehrte neunundzwanzig Jahre alt werden sollte.

Warum nur verurteilte ihn diese Entdeckung soviel Unbehagen? Konnte es ihm denn nicht gleichgültig sein, wenn da irgendwo ein freundlicher Stern Lore Berger in eine glücksfrohe Zukunft leuchtete? — Empfind er nicht im Ge-

## Die Arbeitsbeschaffung 1934

Auswirkung der neuen Gesetze — 3 Milliarden RM. werden wirksam

Berlin, 25. März. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reichardt, sprach vor Vertretern der Presse über die Maßnahmen, die die Reichsregierung mit den in den letzten Tagen ergangenen Gesetzen getroffen hat, um eine weitere Beschränkung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen.

Er behandelte das Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft, wobei er zunächst die von uns bereits veröffentlichte Inhaltsangabe des Gesetzes wiederholte. Dann gab er noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Abschnitt 2 des Gesetzes befaßt sich mit der Erhebung von Spenden. Bisher habe fast jeder eine Spende veranstalten können; die Erhebung von Spenden bedürfe nunmehr der Genehmigung des Stellvertreters des Führers im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister. Ausgenommen seien Spenden im Sinne der Wohlfahrtspflege und Kollekten der Kirche. Die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit höre am 31. März auf. Mit Wirkung ab 1. April sei der Abzug der freiwilligen Spende nicht mehr vorzunehmen. Diese freiwillige Spende habe rund 130 Millionen RM. erbracht, die in den vergangenen Wochen eingezogen werden konnten. Der Abschnitt 3 endlich behandle die Abgabe von Arbeitslosenhilfe. Sie habe im laufenden Jahre 530 Millionen RM. erbracht. Durch das vorliegende neue Gesetz werde die Abgabe erheblich gesenkt. Voraussetzungen würden etwa 230 Millionen vermindert. Die Entlastung betrage also 300 Millionen RM. Die 300 Millionen, die durch das Gesetz weniger vereinnahmt werden, verteilen sich wie folgt: 115 Millionen auf die kleinen Lohnempfänger bis zu 100 RM. monatlich, 125 Millionen auf die Einkommensempfänger bis zu 500 RM. mit einem oder zwei Kindern, 45 Millionen RM. auf die Einkommensempfänger mit zwei oder drei Kindern, 15 Millionen RM. auf die Witwen oder kinderlos verheirateten mit nicht mehr als 150 RM. Einkommen. Die Verteilung der Mindereinnahmen sei also so, daß sie dem Konsum zugeführt wird. Das Gesetz sei ein erster Schritt auf dem Gebiete der Lastenentlastung. Mit der großen beabsichtigten Steuerreform, die eine Generalmaßnahme zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen darstellen werde, solle eine allgemeine Abgabenteilung erfolgen.

Der Staatssekretär kam dann auf das Gesetz zu sprechen, das die Beförderung von im Ausland zugelassenen Privatkraftwagen, die nach Deutschland kommen, in der Form begünstigt, daß die Wagen auf die Dauer von drei Monaten kraftfahrzeugsteuerfrei bleiben, während bisher die hereinkommenden Wagen nach Paragraph 19 steuerfrei bleiben konnten, wenn das betreffende Land den in Deutschland zugelassenen Wagen die gleiche Begünstigung gewährt. Das neue Gesetz werde zweifellos ein Anreiz für die Kraftwagenbesitzer des Auslandes sein, Deutschland zu besuchen.

Zum Reichsstaatssteuergesetz führte der Staatssekretär aus, daß es heute kein Land mehr gebe, in dem nicht eine Schlachtsteuer nach vollkommen verschiedenen Merkmalen erhoben wird. Diesem Steuerwettbewerb und den damit verbundenen Ungerechtigkeiten werde durch den vorliegenden Gesetzentwurf ein Ende bereitet werden. Die Schlachtsteuer der verschiedenen Länder werde durch ein Schlachtsteuergesetz des Reiches abgelöst, durch das die Vorschriften über die Erhebung einer Schlachtsteuer einheitlich geregelt werden. Die Schlachtsteuer werde schließlich eine der ersten sein, die völlig beseitigt werde; sie erbringe aber 200 Millionen auf die die Länder zunächst nicht verzichten könnten, denen die Steuer nach Abzug von 4 Prozent Verwaltungsstellen restlos zufließe.

Die Arbeitslosenziffern, so führte Staatssekretär Reinhardt aus, werde Ende März nicht mehr höher als 3 Millionen sein und mit Zuversicht dürfe man erwarten, daß sie Ende Juli bis Anfang August nur noch 2 Millionen betrage und daß ein neuwertiger Aufstieg nicht wieder in Erscheinung treten werde.

Im Laufe des gegenwärtigen Jahres würden sich ferner noch die Arbeitsprogramme des Vorjahres, aus denen noch ein Arbeitsvorrat von etwas mehr als einer Milliarde bestünde, auswirken. Das Gesetz zur Steuerbefreiung bei Arbeitsbeschaffung bestehe noch und wer keine Einkommensteuer bezahlen wolle, brauche nur entsprechende Beträge für Erwerbbeschaffung oder für Zwecke des zivilen Luftschutzes und des Sanitätsdienstes in Industrie und Werkbetriebe aufzuwenden, die er völlig in Abzug bringen könne. Wenn ein Unternehmer nachweise, daß er 10 000 bis 20 000 RM. für Erwerbbeschaffung verwendet habe und die Voraussetzungen für 1934 erfüllt haben wolle, werde er bei den Finanzämtern gewiß großzügiges Entgegenkommen finden. Die im Vorjahre ausgegebenen 300 Millionen Steuerumlageine-

genteil schon Freundschaft genug für das sympathische Mädchen, sich von Herzen darüber zu freuen?

Dr. Hormann nahm sich augenblicklich nicht die Zeit, über seine sonderbare Verfassung nachzugrübeln — seine Aufmerksamkeit wurde zu sehr von dem dringenden Wunsch abgelenkt, in Erfahrung zu bringen, ob es wirklich irgendwo einen Mann gab, der ein Recht auf Lore Berger hatte. Er benützte den nächsten Anknüpfungspunkt, der ihm eben einfiel.

„Sie haben wohl viel gelitten während des Krieges, Fräulein Lore?“ taktete er vorsichtig näher. „Ein Mensch, der so weich empfindet wie Sie, muß das unendliche Leid draußen und drinnen hundertfältig mitgetragen haben.“ Dittha atmete schwer. Wenn er wüßte, was sie gelitten — um ihn gelitten hatte. „Ja, es war entsetzlich!“

„Hätten Sie jemand von Ihren Angehörigen draußen?“ prüfte Franz sich weiter heran. Sie schüttelte den Kopf. Franz seufzte heimlich. Wenn sie nur nicht gar so einsilbig sein wollte! Es half nichts, er mußte deutlicher werden.

„Aber vielleicht einen — Freund?“ Es klang sehr zaghaft — er schämte sich dieser Frage — und doch war etwas in ihm, das ihn unwiderstehlich vorwärts trieb. Zum Glück wagte er nicht, Dittha dabei anzusehen, sonst hätte ihm das verräterische Aufblitzen ihrer Augen zu denken gegeben. Aller Ernst war plötzlich daraus verschwunden. Sie hatte mit dem feinen Instinkt der liebenden Frau den Grund seiner Frage erfasst, noch ehe er selbst ihn wußte. Tausend übermüdete Spottentwürfe trieben ihr Spiel in ihrem Herzen. Na warte, Liebster, die Reugler sollst Du mir büßen!

„Doch,“ sagte sie mit großer Wärme, „ich hatte einen Freund draußen, den liebsten, den ich je besessen habe, und ich habe um ihn gekümmert und gebangt mit aller Herzensangst, Tag und Nacht.“

„Er — fiel?“

„Nein,“ kam es fröhlich zurück, „Gottlob nein! Er kam gesund zurück.“

seien sehr durch das Reich in Zahlung zu nehmen. Von diesen 300 Millionen seien noch etwa 150 Millionen im Besitz der Steuerpflichtigen, die übrigen werden durch die Banken zur Bezahlung von Steuern benutzt, die wenig mehr Kredite an Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe gewähren können.

Begünstigt der Ehestandsdarlehen gab der Staatssekretär die Zahlen für die einzelnen Monate. Im April würden etwa 50 000 neue Bewilligungsbefehle ergehen, und im laufenden Jahre rund 200 000 Ehestandsdarlehen gewährt werden.

### Die Begründung zum Arbeitslosenhilfegesetz

Zu dem umfangreichen und außerordentlich wichtigen Gesetz über die Erhaltung und Erhöhung der Kaufkraft ist eine Begründung gegeben worden, in der unter anderem darauf hingewiesen wird, daß die Beiträge und Umlagen, die von verschiedenen Körperschaften des öffentlichen Rechts und von Verbänden und Organisationen, die nicht Personen des öffentlichen Rechts sind, erhoben werden, teilweise viel zu hoch sind. Dadurch werde der Verbrauch verringert und die Nachfrage nach Gütern und nach Arbeit kleiner. In Fällen, in denen der Beitrag nicht von allen Mitgliedern der Organisation in gleicher Höhe erhoben, sondern nach der Höhe des Einkommens gestaffelt werde, stelle er eine Art Einkommensteuer dar. Die Steuererhebung sei jedoch ausschließlich Sache des Reiches, der Länder und Gemeinden, und es dürfe niemand mit diesen Stellen in Wettbewerb treten.

Die Senkung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe bringe eine Erhöhung des Reineinkommens der Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger um rund 300 Millionen RM. gegenüber dem bisherigen Zustande. Um die Wirkung dieser Maßnahme möglichst groß werden zu lassen, ist die Senkung nach bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten erfolgt.

An einem Schaubild ist die Auswirkung dieser Maßnahme besonders klarzumachen. Ein Steuerpflichtiger mit zwei Kindern und 750 RM. Einkommen zahlt künftig an Stelle von 43.12 RM. 30 RM. Arbeitslosenhilfe. Ein verheirateter Steuerpflichtiger ohne Kinder oder ein unverheirateter Steuerpflichtiger mit 145 RM. Monatseinkommen zahlt statt 3.62 RM. nur noch 2.17 RM. Ein Volksgenosse mit nicht mehr als 100 RM. Monatseinkommen zahlte bisher 1.50 RM., während er künftig frei von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ist. Die Einhebung wird künftig nur noch durch die Finanzämter erfolgen.

Eine sehr wichtige und wesentliche Maßnahme ist die Aufhebung bzw. Milderung der in früheren Jahren vorgenommenen Einbehaltung und Kürzung von Dienstbezügen. Viele Länder und Gemeinden haben früher zur Ausgleichung der steigenden Haushaltsfehlbeträge neben der Kürzung der Einkommen der Beamten Einbehaltungen von den Dienstbezügen vorgenommen und die Auszahlungstage hinausgeschoben. Durch eine einmalige Maßnahme im Rechnungsjahre 1934 soll es den Ländern und Gemeinden erleichtert werden, ihre Vorschriften über die Kürzung, Einbehaltung und Auszahlung von Dienstbezügen denjenigen des Reiches wieder anzugleichen.

### Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

Das Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes sieht die Streichung des Paragraphen 19 vor, der Steuererleichterungen und Steuerbefreiungen für die aus dem Ausland eingehenden Kraftfahrzeuge nur unter der Voraussetzung der Gegenleistung vorzuzahlen, so wird in dem Gesetz betont, nicht mehr der fortschrittlichen Entwicklung des Kraftverkehrs und der Bedeutung des internationalen Fremdenverkehrs sowie der jetzigen Gestaltung der deutschen Kraftfahrzeugbesteuerung (Steuerbefreiung und Ablösung der Steuer) entspreche. Aus dem Ausland kommende Kraftfahrzeuge, die nicht länger als einen Monat in Deutschland bleiben, brauchen keine Steuer zu zahlen. In Aussicht genommen ist weiterhin, sogar für eine Dauer von bis zu drei Monaten die Kraftfahrzeugsteuer zu streichen, abgesehen natürlich von Fahrzeugen, die der entgeltlichen Beförderung von Personen oder Gütern dienen.

### Bildung eines Anleihefonds bei Kapitalgesellschaften

Nach dem Gesetz über die Bildung eines Anleihefonds bei Kapitalgesellschaften (Kapitalanlagegesetz) haben Kapitalgesellschaften einen Anleihefonds zu bilden, wenn für ein Geschäftsjahr, das in der Zeit vom 1. Oktober 1933 bis 31. Dezember 1934 endet, im Verhältnis zum Grund- oder Stammkapital ein höherer Gewinn als im Vorjahre ausgeschüttet wird und der ausgeschüttete Gewinn 6 Prozent des Grund- und Stammkapitals übersteigt. Kapitalgesellschaften sind Gesellschaften, soweit das Grund- oder Stammkapital 100 000 RM. übersteigt. Der Anleihefonds ist unverzüglich nach dem Beschluß über die Gewinnausschüttung aus Anleihen des Reiches, der Länder oder der Gemeinden (Gewerkschaften) zu bilden.

So, Fränzchen, frohlockte sie heimlich, nun bist Du so klug wie zuvor!

Dr. Hormann nahm den Hut vom Kopf und fuhr sich nervös mit den Fingern durch das dicke Haar. Der Gedanke an diesen Freund und das Regenerempel, das er sich eben zurechtgelegt hatte, hatten ihm tüchtig warm gemacht. Er lehrte zurück — und sie war damals zwanzig Jahre alt! — Das mochte ein Wiedersehen gewesen sein! Wenn der Mann nicht blind war, mußte er ja mit beiden Händen zugegriffen haben.

Aber warum war sie dann nicht heute schon seine Frau? Und warum emping und schrieb sie niemals Briefe? Verloren hatte sie ihn bestimmt nicht, sonst würde die Erinnerung an ihn sie nicht so sehr beglücken. Ihr ganzes Gesicht war ja förmlich verklärt von einer über-großen inneren Freude und in ihrer Stimme schwang ein Subel ohne Grenzen.

Franz Hormann hätte viel für die Lösung dieses Rätsels gegeben, aber noch weiter fragte er nach etwas, das sie offensichtlich nicht sagen wollte, wäre mehr als taktlos gewesen. So stand er mit einer energiegelichen Bewegung auf, warf den Klemmer der Brille über die Schulter und zwang sich zu einem leichten Ton: „Dann ist's ja gut! Die Hauptsache ist, daß alles immer wieder gut wird, nicht wahr?“

Das klang banal — aber er wußte nichts anderes mehr zu sagen. Und nachdem schon die erste banale Redensart gefallen war, kam es ihm nicht mehr an: „Darf ich mich jetzt verabschieden, Fräulein Lore? Aufrichtig gesagt, ich bekomme allmählich Hunger nach einem ordentlichen Frühstück!“

Dittha warf einen Blick auf ihre Armbanduhr und sprang erschrocken auf. „Mein Gott, es ist ja schon fast acht Uhr! Ihre Frau Mutter wird warten. — Wo ist denn nur die Zeit hingekommen?“

„Ja, bei solchen Erinnerungen...“ sagte der Doktor anzüglich.

(Fortsetzung folgt.)